

Preussische



1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Preussische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.-Mark, monatlich 4.50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein-Gesellschaft, Georg-Benckard-Veranst. Redaktions- (im Anst. d. Handelsbl.) Carl-Milch-Str. Berlin. Druck: Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein's, Am Dönhofs (A 7) 9008-3608 für den Verkehr Am Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 9000.

Englische Intervention in Kowmo

Druck auf Woldemaras

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

London, 25. Juli

Stamboul hat heute im Interesse voranzugehen, daß die englische Regierung den englischen Gesandten in Kowmo, der gleichzeitig in Rom akkreditiert ist, beauftragt habe, auf den italienischen Außenminister einzuwirken, um die Empfehlungen des stambulischen Botschafters über die Differenzen zwischen Polen und Litauen zur Anwendung zu bringen. Stamboul hat bei dieser Gelegenheit die Vermutung ausgedrückt, daß ähnliche Schritte auch von Seiten Deutschlands und Frankreichs erfolgen werden.

Warschau, 25. Juli

Die litauische Note an den Botschafter hat im Warschauer Außenministerium, das diesen litauischen Vorstoß in sich kaum

ernt zu nehmen geneigt war, infolgedessen größere Beachtung gefunden, als man in der litauischen Auffassung, der Botschafter würde die in seiner Dezemberresolution vorgesehenen Organe zur Beilegung von Konflikten zwischen Polen und Litauen einberufen, ein Äußerung befreit erwidert, daß Woldemaras auf die Fortsetzung der bisherigen direkten Verhandlungen zwischen den Delegationen keine Änderung, als völlig ausfiktional, keinen Wert mehr legt.

Für diese Auslegung scheint auch die Tatsache zu sprechen, daß von dem von Rom aus angelegentlich litauischen Vorstoß auf Einberufung der Königsberger Plenarkonferenz in Kowmo nicht das geringste bekannt geworden ist. Im übrigen wird hier berichtet, daß Polen nicht daran denkt, gegen Litauen in den Krieg zu ziehen. Es ist allerdings und bezug auf eine zumind. eigenartige Auffassung von den polnischen Dingen, wenn man in Litauen aus der Tatsache der Woldemar bearbeitete Folgen ziehen zu müssen glaubt.

Die Belgrader Krise beendet?

Das Kabinett Korosefich gebildet

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Belgrad, 25. Juli

Der beständerte Ministerpräsident Korosefich hat heute die Verhandlungen über die Regierungsbildung begonnen. Die demokratische Partei, die Partei der Wollens sowie die Mehrheit der Radikalen Partei haben sich bereit erklärt, ihn zu unterstützen. Die Regierung Korosefich wird sich auf die bisherige Koalition stützen. Ein kleiner Teil der radikalen Partei, das sogenannte Zentrum, und die Paltisch-Gruppe erklärt sich gegen eine Regierung Korosefich, weil dieser nicht in der Lage sei, die Verwirklichung des Landes durchzuführen.

Man glaubt aber doch, daß die Regierung aus der erwähnten Grundlage aufbauen können werde. Die „Pravda“ veröffentlicht heute bereits die vorläufige Ministerliste. Der Führer der Demokratischen Partei, Dawidowitsch, soll als Unterrichtsminister ins Kabinett eintreten. Innenminister würde der bisherige Minister für Agrarfragen, der radikale Dr. Stabow Andrejitsch, Außenminister würde Wojze Marinkowitsch bleiben, ferner würden folgende Posten unanverändert bleiben: Justiz, Marine, Handelsministerium, Handel, Krieg, öffentliche Gesundheit, Kultur, Post und Telegraph.

Neu würden als Minister in das Kabinett eintreten für Fortschritt und Bewegung der Demokrationen Zimontsch, als Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Suman Rybar (Kroat), als Finanzminister der Radikale Dr. Subotitsch, als Minister für Agrarfragen der Radikale Radowitsch und als Minister für soziale Fürsorge der Radikale Dr. Jettitsch.

Die neue Regierung bildet bereits morgen den Eid ablegen. Wahrscheinlich wird zunächst das Parlament verortet und erst im September wieder zu einer kurzen Session einberufen werden.

Dr. Korosefich hat auch den Versuch gemacht, mit Gostowasch Brubitschewitsch, der als Vertreter der beiden großen radikalen Parteien in Belgrad wirkt, in Verbindung zu treten. Dieser aber lehnte scharf die Begegnung mit Korosefich ab. Brubitschewitsch gab Journalisten eine Erklärung ab, worin es heißt, daß diese Begegnung, die sich auf die bisherige Regierungskoalition stützt, als eine Herausforderung der Kroaten angesehen sei, da unter dem Regime dieser Koalition in der Stupschina kroatische Abgeordnete ernannt wurden und niemand den Versuch gemacht habe, den Kroaten Gelegenheit zu geben.

Brubitschewitsch teilte mit, er habe sich telefonisch mit Stefan Raditsch in Verbindung gesetzt, der derselben Ansicht ist. Man wolle den Kampf mit den Kroaten, Serben und Slowenen in neuen Geleise, für die die nationale Einheit keine Bedeutung ist, fortsetzen. Dr. Korosefich sei der Vertreter eines Regimes, das in der Geschichte Jugoslawiens das blutige genannt werden wird.

Die Belgrader Spezialpresse greift die in Verbindung geordnete Regierung bereits jetzt an und erklärt diese Regierung als die denkbar ungünstigste. Die Agrarpresse äußert sich im selben Sinne.

Die Unterfuchung gegen die Stupschina-Attentäter

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Belgrad, 25. Juli

In Agram wurde gestern abend Stefan Raditsch vom Staatsanwalt des Untersuchungsrichters über das blutige Attentat in der Stupschina als Zeuge vernommen. Raditsch forderte, daß die Unterfuchung auf ein polizeiliches Mitglied der serbischen Radikalen und der demokratischen Parlamentarier ausgedehnt werde, besonders auf 23 radikale Abgeordnete, die einen Tag vor dem Attentat einen Antrag des Attentäters Raditsch unterzeichnet hatten, daß er, Stefan Raditsch, einer ständigen Kommission zur Prüfung seines Ombudsmanpostens vorgeführt werde. Weiter forderte Raditsch die Anhebung der Unterfuchung auf den Präsidenten der Stupschina, Minko Petritsch, den früheren Ministerpräsidenten Stupitschewitsch und den Minister des königlichen Hofes Dragomir Stanowitsch.

Die „Politika“ meldet heute, daß der Untersuchungsrichter durch das Justizministerium von der Stupschina die Auslieferung von noch fünf Abgeordneten gefordert habe, und zwar die Auslieferung des Demokraten Toma Popowitsch und Sune Janowitsch. Diese beiden sollten vor dem Attentat in der Stupschina Besprechungen gehabt, die darauf hätten lauten, daß sie von dem Attentäter Minko Petritsch unterrichtet gewesen seien.

Sinowjew erhält wieder ein Amt

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Moskau, 25. Juli

Als erster der prominenten Oppositionsführer wurde Sinowjew wieder in ein öffentliches Amt, wenn auch nicht in ein politisches und führendes, berufen. Er wurde Mitglied des Verwaltungsrats der kooperativen Zentrale Zentralfürsorge für die Union der russischen Sowjetrepubliken und für die russische Republik.

Kanaka an die Mähe

Sofia, 25. Juli (B. F. B.)

Ministerpräsident Kanaka teilte den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Amerikas und Italiens mit, daß Japan die Kündigung des Vertrages mit China vom Jahre 1896 nicht annehmen, sich auch nicht auf Verhandlungen über eine Revision des Vertrages einlassen könne wie schon in seiner Mitteilung, daß die Kündigung zurückgelehnt sei. Kanaka gab auch dem Schwedener Botschafter, daß die Regierung von Roming den Geist des Beschlusses des Vertrages über die Einflüsse aus der Sowjetunion und den Sowjetrepubliken vertritt habe.

Liberalismus

Von
Ludwig Ott

Der bürgerliche Mensch Europas beginnt einzusehen, daß das Bürgerium im finanziellen und im wirtschaftlichen Leben wesentliche Positionen eingebüßt, entsetzliche Katastrophen erlitten hat. Gerade jetzt nach den Reichstagswahlen beginnt sich das Bewußtsein einer tieferen Zensur und Bepfändigung einer verbündeten und verbündenden Gemeintheit liberaler und humaner Bürgerlicher Parteien der politischen Wirklichkeit aufs neue mitzuteilen. Das deutende Bewußtsein des deutschen Bürgers beginnt sich von der Tragik und Ideologie, von dem gegen parteipolitischen Apparat, der ursprünglich zur Vertretung des fortschrittlichen Bürgeriums ausserhalb parlamentarischer Gruppen mehr und mehr abzuwenden.

Auf der Suche nach einer konstanten Formkraft für die Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens im Einklang mit Verdienst und Gewissen, das fortschrittlich gefundene bürgerlichen und humanen Bürgertum ist man auf die Ideale des Liberalismus als Ausdruck einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Tradition und Entwicklung verfallen. Es handelt sich darum, ob eine maßgebliche Idee des Liberalismus in der Gegenwart Bedeutung vorhanden ist, daß sich daraus eine programmatische Lebenshaltung ableiten ließe, die in der Politik liberal orientierten Weltanschauungen herleitet läßt.

Nach einem Vorwort Merzschowitsch ist jeder wahre Liberalismus zugleich konservativ und liberal. Der Liberalismus gliedert sich unmittelbar auf das große Prinzip der schöpferischen Freiheit einer im Sinne der Freiheit der Menschheit zu können oder auch auf das weltanschauliche und weltanschauliche Entwicklungsprinzip der Hegelschen Dialektik. Er will die vorgegebene Vereinerung der notwendigen Gesetze im sozialen Sinne eines natürlichen Ausgleichs anstreben und somit aus der ordnenden Bewusstseinspolitischen Überlegenheit den Weg fortschreitender Entwicklung gehen, läßt revolutionäre Kräfte herauszubekommen und damit von vornherein den Panzeroffen gegenüberstellen. Der bürgerliche Mensch ist bemüht, eine planmäßige umfassende Anpassung des Bewusstseins und Lebens im Einklang zur Einseitigkeit radikaler Forderungen — sei es reaktionärer oder revolutionärer — zu gewinnen. Es wird der Blick auf historische Bedingungen und Bedürfnisse und auf die Gegenwartsverhältnisse von sich selbst wie Nation, Gesellschaft, Kultur und Weltung gelenkt im Rahmen eines weiteren Raumes wie Welt, Mensch, Recht und Gerechtigkeit.

Dieser recht eigentlich konservativen und historischen Anpassung stellt sich aber das Bewußtsein eines gefallenden Vermögens hinzu, das dem Satz gesellschaftlicher Entwicklung und der zusammenhängenden Fülle der Beobachtung und Anpassung ganz bestimmte Aufgaben abgemittelt und zu erfüllen die Verpflichtung, dieser Aufgaben gemäß zu handeln. Es geht nicht um die Erhaltung der alten Lebensbedingungen und Ergebenen zu Maximen eines künftigen gebildeten und bildenden Lebens um. Der gelassene fast vorzüglichen und zurückhaltenden Anpassung stellt sich die Forderung, die neue Weltanschauung der gegenwärtigen gebenden Erbschaft hinzu, und in der Durchführung, die als richtig erkannt darf dieser liberale Konservatismus, dieser konservative Liberalismus seiner Nüchternheit des politischen Lebens an radikaler Entschiedenheit nachdrücken. Die neue Weltanschauung, die sich erhebt, kann nicht so energig an der Entschiedenheit gearbeitet werden kann wie von anderer Seite an den Antifreien.

Das ausgeglichene Weltbild des liberalen Geistes hat nicht so sehr mit jener mobilisierenden Bewegung, die Energie als die soziale Verantwortung Gedanken und Energien einen politischen Kompost pflegt, der die wesentlichen Kräfte der sozialen und nationalen Gemeintheit befruchtet läßt. Das geläuterte Bewußtsein von Sinn und Kultur, das ein bereit liberaler Geist um der Geschichte willen, eines freien und zugleich disciplinierten Lebens willen anstrebt, und das im Einklang zu aller Lebensvorgängen Gleichgewicht und zu aller geistigen Spannweite steht, verlangt gemäß mehr intellektuelle Schärfe und mehr verantwortliche Energie als die soziale Verantwortung einer reaktionären Bergangehebelhaltung, als die intellektuellen Dogmen eines Grunde bürokratischen Radikalismus.

Das ideale Programm und die praktischen Prinzipien des liberalen Geistes finden im Grunde an die reformatorische, vornehmlich aber parlamentarische Tradition an; ein andermal an die Gedanken der französischen Aufklärung, besonders in ihrer physischen Umwandlung zu einem fast revolutionären, auf alle Fälle aber sehr republikanischen politischen System. In der nicht mitzuteilenden geistigen Sphäre des bürgerlichen Bewusstseins finden die